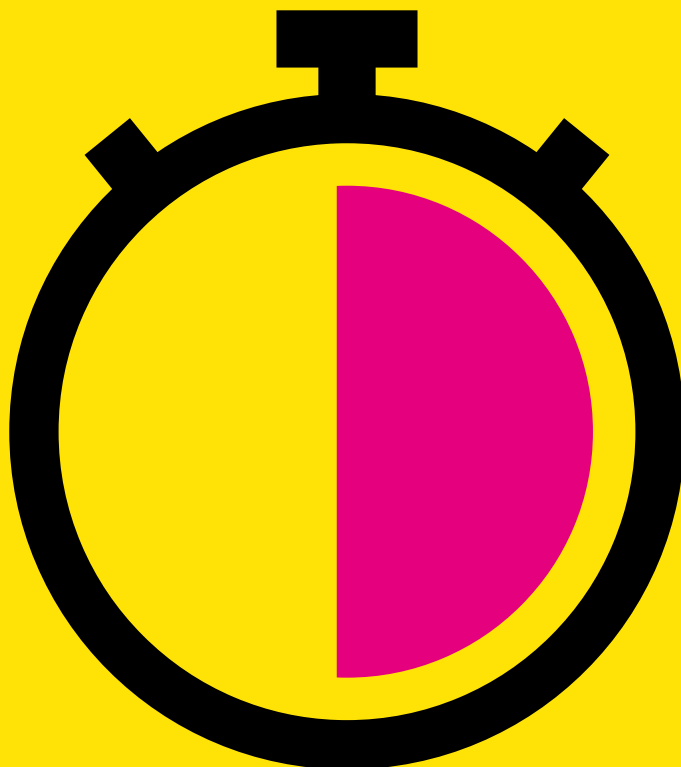


03/2023

fdplus



HALBZEITBILANZ

MIGRATIONS- POLITIK

Der Sonderbevollmächtigte der
Bundesregierung im Interview

REGIERUNGS- VERANTWORTUNG

Die liberale Bilanz zur
Halbzeit der Koalition

HAUSHALT 2024

Die finanzpolitische
Trendwende



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

Reshape Europe Defending Liberal Democracy Around the World

Wie kann das Modell der liberalen Demokratie der EU weltweit verteidigt und gefördert werden? Wie sollten die globalen Partnerschaften und Allianzen der EU mit anderen Ländern und Regionen in Zukunft gestaltet werden, um die liberale Demokratie gegen autoritäre Bedrohungen zu stärken? Zusammen mit internationalen Expertinnen und Experten wollen wir auf unserer internationalen Konferenz „Reshape Europe“ in Berlin Antworten auf diese Fragen finden.

Jetzt mitmachen und informieren unter:
freiheit.org/ReshapeEurope.

Internationale Konferenz
Allianz Forum, Berlin
10. Oktober 2023, 10-15:30 Uhr

**Jetzt zur Veranstaltung
anmelden!**

freiheit.org/internationale-konferenz



EDITORIAL

HALBZEITBILANZ



Navina Knoke
Teamleiterin
Digitale Kommunikation

Liebe Leserinnen und Leser,
wir sind Freie Demokraten. Wir sind Optimisten. Wir sind überzeugt: Wer heute die richtigen Entscheidungen trifft, wird die Zukunft und ihre Herausforderungen meistern. Unsere Mission ist die Modernisierung des Landes, denn zu lange sind viele große Themen liegen geblieben. In den vergangenen zwei Jahren haben die Freien Demokraten in der Bundesregierung diese Aufgabe zu ihrem Tagesgeschäft gemacht. Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zieht für die fdplus die Halbzeitbilanz und erläutert in dieser Ausgabe, wie es in den letzten zwei Jahren gelungen ist, der Regierungsarbeit eine deutliche liberale Handschrift zu verleihen.

Dem Rückblick auf die liberalen Erfolge in der Regierung folgt der Ausblick auf die kommenden politischen Herausforderungen. Unser Land steht vor weitreichenden Entscheidungen. Wir Freie Demokraten stehen dabei für eine Politik, die mutig und innovativ Zukunft gestaltet, anstatt sie lediglich zu verwalten. Wir haben den Modernisierungsmotor angeworfen, und werden jetzt überall aufs Tempo drücken, um die Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu steigern. In den kommenden beiden Jahren dieser Legislaturperiode gibt es noch viel zu tun. Was das ganz konkret bedeutet, zeigt der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Christian Dürr im Interview auf. Darin geht er insbesondere auf die Einhaltung der Schuldenbremse und den Haushalt ein. Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender und Bundesminister der Finanzen, gibt in seinem Beitrag einen Einblick in die Verhandlungen über den Haushalt 2024, wobei sich zeigt: Die FDP im Bund wirkt.

Auch in den Ländern stehen wir Freie Demokraten für eine Politik, die unsere Gesellschaft voranbringt. Freie De-

mokraten kämpfen in Land und Kommune für eine starke Wirtschaft, beste Bildung und für einen Staat der fit ist, nicht fett. Was das für den Wahlkampf in Bayern und Hessen bedeutet, zeigen unsere Spitzenkandidaten für das Maximilianeum und das Wiesbadener Stadtschloss in dieser Ausgabe des Mitgliederzeitung. Wir schauen auf die Kampagnenschwerpunkte und laden Sie herzlich ein, unsere Kandidaten und Kandidatinnen zu unterstützen – online, mit einer Plakatspende oder natürlich auch gern vor Ort.

Dieses Heft ist randvoll mit Themen, die den politischen Herbst bestimmen werden – ein Thema gibt es, das trotz politischer Relevanz in dieser Ausgabe fehlt. Über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Frage, in wie vielen Stimmbezirken die Bundestagswahl 2021 in Berlin wiederholt werden muss, können wir in dieser Ausgabe leider noch nicht berichten. Zum Zeitpunkt des Drucks steht das Urteil noch aus.

Gerade die Tage um die Veröffentlichung der fdplus sind mit den Klausurtagungen von Bundesregierung und Fraktion, den vielen Wahlkampfveranstaltungen in Hessen und Bayern und dem ausstehenden Urteil sehr entscheidungsreich. Freuen wir uns also auf einen spannenden politischen Herbst, in dem wir Freie Demokraten in Partei, Parlamenten und Regierungen den politischen Diskurs prägen wollen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

05 MELDUNGEN

06 LÖSUNGSORIENTIERT, MUTIG, OPTIMISTISCH UND WELTOFFEN!

Die liberale Bilanz zur Halbzeit der Koalition.

08 MIT KICKSTART IN DIE ZWEITE HÄLFTE

Ein Ausblick der FDP-Bundestagsfraktion.

10 DIE FINANZPOLITISCHE TRENDWENDE IST EINGELEITET

Christian Lindner zum Bundeshaushalt 2024.

11 GUTE ARGUMENTE

Unterstützung für die politische Diskussion.

12 VIEL ZU TUN

Dr. Joachim Stamp im Interview zu seinem neuen Job und der Migrationspolitik.

14 DIE ZUKUNFT ZURÜCK NACH BAYERN HOLEN

Martin Hagen steht für eine „Politik nach dem Bayerischen Freiheitsgebot“.

15 DEN HESSISCHEN LÖWEN VON SCHWARZ-GRÜNEN FESSELN BEFREIEN

Dr. Stefan Naas definiert die hessischen Wahlkampfziele.

16 EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere Europaabgeordneten berichten über ihre aktuellen politischen Debatten.

18 MEHR VERTRAUEN FÜR MEHR FREIHEIT

Dr. Christopher Gohl stellt das Vertrauenswesen der Freien Demokraten vor.

20 WERTEORIENTIERT UND PRAGMATISCH

Wie sich die EU im Systemwettstreit behaupten kann.

23 GELESEN

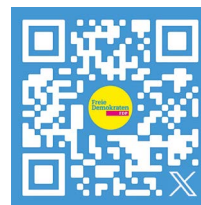
Was auf dem Lese Stapel von Freien Demokraten liegt.



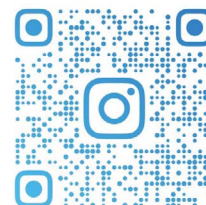
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Cvd: Navina Knoke | Redaktion: Petra Horstick, Niklas Krieg, Monika Mayer, Constantin Mitschelen, Wulf Oehme, Yannik Teicke | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Anzeigen: info@fdplus.de | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 28. August 2023.



MELDUNGEN



Foto: BMBF/Hans-Joachim Rickel

01 STARK-WATZINGER SETZT BEI KI STARKE IMPULSE

Vom Sprachassistenten bis zu menschlich klingenden Chatbots: Künstliche Intelligenz ist längst Teil unseres Alltags. Auch in der Forschung oder am Arbeitsplatz kommt KI immer häufiger zum Einsatz. Das will Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger fördern und mit ihrem KI-Aktionsplan dem deutschen KI-Ökosystem neue Impulse geben, um der rasanten Entwicklung Rechnung zu ragen. „KI ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts“, so die FDP-Vize, „sie bringt enorme Chancen für Wissenschaft, Wachstum, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Mehrwert.“ Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, will die Forschungsministerin KI nicht nur in Deutschland vorantreiben, sondern auch auf europäischer Ebene.

02 LAMBSDORFF IST NEUER DEUTSCHER BOTSCHAFTER IN MOSKAU

Botschafter in Moskau – einen schwierigeren Posten gibt es für einen deutschen Diplomaten derzeit wohl kaum. Der FDP-Außenpolitiker und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Graf Lambsdorff hat im August in Moskau im Außenministerium sein Beglaubigungsschreiben überreicht und damit den Posten als Botschafter angetreten. Lambsdorff blickt auf eine erfolgreiche Karriere im diplomatischen Dienst zurück. Er war unter anderem im Planungsstab des Auswärtigen Amtes und im Pressereferat der deutschen Botschaft in Washington tätig. Von 2003 bis 2004 war er Länderreferent für Russland im Auswärtigen Amt. Mit seinem Amtsantritt in Russland endet seine Zeit als Abgeordneter für seine Heimatstadt Bonn, die er von 2004 bis 2017 im Europäischen Parlament und von 2017 bis heute im Deutschen Bundestag vertreten hat.



03 BAUM MIT GROSSEM VERDIENSTKREUZ MIT STERN GEEHRT

Gerhart Baum kämpft seit Jahrzehnten für die Bürger- und Menschenrechte. Der gebürtige Dresdner gilt als unbestechlicher Beobachter und Kommentator verfassungspolitischer Entwicklungen in der Bundesrepublik und darüber hinaus. In seiner aktiven politischen Zeit verstand er sich als das rechtsstaatliche Gewissen in Fraktion und Partei. Er scheute auch vor dem mehrfachen Gang zum Bundesverfassungsgericht nicht zurück. Sein unermüdliches Wirken für Bürgerrechte und gesellschaftliche Freiheit verdienen Anerkennung und Dankbarkeit. Wir Freie Demokraten gratulieren dem Bundesinnenminister a.D. zur Würdigung seines Einsatzes als Vorkämpfer für Bürgerrechte durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.



Foto: Frank Nürnberger

LÖSUNGSORIENTIERT, MUTIG, OPTIMISTISCH UND WELTOFFEN!

DIE LIBERALE BILANZ ZUR HALBZEIT DER KOALITION.



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Liebe Leserinnen und Leser,

seit knapp zwei Jahren ist die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP nun im Amt. Wohl keine andere Regierung der vergangenen Jahrzehnte war mit so schwierigen Herausforderungen und so großen Problemen konfrontiert, wie diese Koalition. Ob gleich zu Beginn mit grundlegenden Entscheidungen in der Corona-Pandemie oder nun aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und dessen ökonomische und gesellschaftliche Folgen.

Als Freie Demokraten haben wir großes Verantwortungsbewusstsein für unser Land bewiesen, indem wir ein Regierungsbündnis mit zwei ungleichen Partnern eingegangen sind. Unsere Leitlinie war stets und

ist bis heute die wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung Deutschlands. Außerdem die Modernisierung der Infrastruktur und im Bereich von Bildung und Forschung. Trotz harter Auseinandersetzungen in der Sache ist es uns gelungen, der Regierungsarbeit eine deutliche liberale Handschrift zu verleihen.

Wir haben erfolgreich gegen ein ideologisch motiviertes Aus für Verbrennermotoren und für echte Technologieoffenheit gekämpft. Das Gebäudeenergiegesetz wurde auf unsere Initiative hin vom Kopf auf die Füße gestellt. Schließlich sind es die Freien Demokraten, die innerhalb der Bundesregierung für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik sorgen und die Bürgerinnen und Bürger in schwierigsten Zeiten

finanziell entlasten.

In dieser Ausgabe können Sie ausführlich die Bilanz unserer bisherigen Regierungsarbeit nachlesen. In den kommenden beiden Jahren gibt es noch viel zu tun. Am Ende wird es immer darauf ankommen, zu guten Ergebnissen für das Land zu kommen. Es wird gerade unsere Aufgabe sein, für eine Politik zu sorgen, die sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert und die sie bei der Modernisierung Deutschlands mitnimmt. Dafür wollen wir uns auch weiterhin einsetzen: lösungsorientiert, mutig, optimistisch und weltoffen!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre,

Ihr

Bijan Djir-Sarai

EINHALTUNG DER SCHULDENBREMSE

Der Haushaltsentwurf für 2024 sieht die Einhaltung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse vor. Wir beenden damit den Krisenmodus expansiver Staatsfinanzen und setzen die erforderlichen Prioritäten bei staatlichen Ausgaben. Das ist notwendig und geboten, damit unser Staat auch in Zukunft handlungsfähig bleibt und die Inflation nicht zusätzlich befeuert wird. Wir investieren gezielt in die Stärkung von Wachstum und Wohlstand, in mehr Sicherheit, in bessere Bildung, in nachhaltigen

Klimaschutz und in die Beschleunigung von Digitalisierung. Für das kommende Jahr sind Rekordinvestitionen in einer Höhe von 54 Milliarden Euro vorgesehen. Zum Vergleich – 2019 waren es nur rund 38 Milliarden Euro. Mit dem Wachstumschancengesetz schaffen wir Anreize für Unternehmen, in den Standort Deutschland zu investieren und Innovation Made in Germany zu fördern. In den vergangenen zwei Jahren haben wir Wirtschaft und Menschen deutlich entlastet. Die Abschaffung der EEG-Umlage sowie die Gas- und Strompreisbremse haben die Energiepreise für Millionen Verbraucherinnen

und Verbraucher gedämpft. Mit dem Ausgleich der kalten Progression haben wir darüber hinaus dafür gesorgt, dass Lohnsteigerungen tatsächlich bei den Erwerbstätigen ankommen.

MODERNE MOBILITÄT FÜR DIE MITTE DER GESELLSCHAFT

Ob morgens zur Arbeit, mittags zum Einkaufen oder abends zu Freunden – Mobilität bedeutet Teilhabe und Freiheit. Gleichzeitig müssen und wollen wir bis 2045 klimaneutral werden und haben dazu bereits zahlreiche Maßnahmen beschlossen. Wir müssen dabei darauf achten, dass Klimaschutzmaßnahmen dauerhaft von der Mitte der Gesellschaft getragen werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass in ländlichen Regionen Menschen im Alltag besonders auf das Auto angewiesen sind. Deshalb haben wir uns in der Bundesregierung und bei der Europäischen Union erfolgreich dafür eingesetzt, dass es kein pauschales Verbot des Verbrennungsmotors geben wird. Stattdessen werden Neuwagen mit Verbrennungsmotoren ab 2035 noch zugelassen, wenn sie mit klimaneutralen E-Fuels betrieben werden. Damit wollten wir zusätzlich verhindern, dass in der Automobilbranche viele Jobs wegbrechen. Auch die Bahn ist ein wichtiger Faktor moderner Mobilität. So konnten mit der Einführung des von Dr. Volker Wissing konzipierten Deutschlandtickets eine Million neue Bahnkunden gewonnen werden. Das Deutschlandticket ist eine echte Revolution für den ÖPNV und ein Freiheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger. Damit Bahnfahren in Zukunft noch angenehmer und pünktlicher wird, wollen wir Planungsverfahren von zum Beispiel neuen Schienenprojekten deutlich verkürzen. So machen wir Deutschland schneller zukunftsfest!

DAS AUFSTIEGSVERSPRECHEN ERNEuern, ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN FÖRDERN

Für uns Freie Demokraten ist klar: Deutschland muss wieder ein moderner Forschungs- und Innovationsstandort werden. Das gelingt uns nur, wenn wir jungen Menschen in unserem Land eine gute Ausbildung ermöglichen und auf dem Weg in den Arbeitsmarkt bestmöglich fördern. Deshalb hat unsere Bildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger in einem ersten Schritt das BAföG reformiert. Höhere Frei- und Förderbeträge, die digitale Beantragung und höhere Altersgrenzen machen das BAföG flexibler. Mit der „Exzellenzinitiative Berufliche

Bildung“ haben wir gezielt Impulse gesetzt, um der beruflichen Bildung den notwendigen Attraktivitäts- und Modernitätsschub zu geben und einen erfolgreichen Wandel der gesellschaftlichen Wertschätzung zu leisten. Zudem wird an Gymnasien gezielt die Attraktivität dualer Ausbildungen beworben und auf internationaler Ebene die Berufsbildungszusammenarbeit sowie der Austausch mit einzelnen Ländern gestärkt. Darüber hinaus hat die Ministerin gemeinsam mit den Wissenschaftsministern der Länder ein Milliardenpaket auf den Weg gebracht, um Forschung und Lehre zu fördern, eine innovative und wettbewerbsfähige Forschungslandschaft zu schaffen und Studierende in Krisenzeiten zu entlasten. Mit dem Startchancen-Programm unterstützen wir gezielt 4.000 Schulen, an denen besonders viele Schülerinnen und Schüler mit schwierigem sozialen Hintergrund lernen. Dazu gehören Investitionen in eine moderne Lernumgebung, ein Chancenbudget, das die Schulen eigenverantwortlich nutzen, und eine Stärkung der Schulsozialarbeit. In der Forschung stehen wir für Freude an Innovationen und neuen Technologien. Etwa Kernfusion, Biotechnologie und KI eröffnen unserem Land große Zukunftschancen.

MODERNISIERUNGSSCHUB FÜR GESELLSCHAFT UND JUSTIZ

Die Neuregelung des Transfusionsgesetzes hat die ungerechtfertigte Diskriminierung homosexueller Männer und Transpersonen bei der Blutspende beendet. Mit der Reform des Namensrechts hat Justizminister Dr. Marco Buschmann ein weiteres Modernisierungsprojekt auf den Weg gebracht. Damit wird das Namensrecht der Vielfalt der Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft gerecht. Zudem haben wir den Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch (StGB) gestrichen. Bisher kriminalisierte §219a StGB sachliche Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen. Das erschwerte den Zugang zu fachgerechter medizinischer Versorgung und beeinträchtigte das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen. Mit dem neuen Gesetz können Ärztinnen und Ärzte Frauen in dieser schwierigen Situation professionell beraten und qualifiziert unterstützen, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen. Gleichzeitig wollen wir unser Justizwesen digitalisieren. Mit dem Digitalpakt stellen wir der Justiz in den Ländern bis zu 200 Millionen Euro für Digitalisierungsprojekte zur Verfügung. In Zukunft wird es so zum Beispiel zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren ein digitales Klagetool geben. ■

MIT KICKSTART IN DIE ZWEITE HÄLFTE

Wo die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten in den kommenden Monaten Prioritäten setzt und der Regierungsarbeit eine deutliche liberale Handschrift verleihen wird, zeigt Christian Dürr im Interview auf.



CHRISTIAN DÜRR

Fraktionsvorsitzender
der Freien Demokraten im
Deutschen Bundestag

Beinahe die Hälfte der Legislatur ist vorbei: Auf welche Erfolge der vergangenen zwei Jahre sind Sie besonders stolz?

Wir haben eindeutig unter Beweis gestellt, dass wir das Motto unseres Koalitionsvertrages „Mehr Fortschritt wagen“ sehr ernst nehmen. Wir haben unter anderem die deutsche Energieversorgung auf neue Beine gestellt, die hart arbeitende Mitte umfangreich entlastet und ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild beschlossen, um Migration direkt in unseren Arbeitsmarkt zu lenken. Das ist der unionsgeführten Regierung in 16 Jahren nicht gelungen. Und dabei haben wir es noch geschafft, die Schuldenbremse einzuhalten – obwohl wir die Ukraine gleich nach Kriegsbeginn umfangreich unterstützt haben.

Tatsächlich hat der schreckliche Krieg in der Ukraine die bisherige Regierungszeit deutlich mitgeprägt. Welche Perspektiven gibt es für diesen Konflikt und was bedeutet das für uns in Deutschland?

Das ist richtig: Als unsere Arbeit in der Koalition gerade richtig losging, hat Putin die Ukraine angegriffen. Ich bin sehr froh, dass wir uns alle einig waren, dass wir schnell unterstützen müssen – politisch, finanziell und militärisch. Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre Bevölkerung und ihr staatliches Territorium, sondern auch fundamentale Werte wie Freiheit und Demokratie. Für uns Freie Demokraten ist daher klar: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Und dabei werden wir sie so lange unterstützen, wie es nötig ist.

Schauen wir nach vorne: In der ersten Woche nach der parlamentarischen Sommerpause wird der Haushalt für das kommende Jahr beschlossen. Die FDP besteht wieder auf der Einhaltung der Schuldenbremse. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Die Schuldenbremse ist kein Wunsch der FDP, sondern ein Gebot unserer Verfassung. Inzwischen sind nach dem Etat des Arbeitsministeriums und dem Verteidigungshaushalt die Zinskosten der drittgrößte Einzelposten. Wer bei diesen

Fakten fordert, noch mehr Schulden zu machen und damit noch höhere Zinsen zu zahlen, investiert nicht in unsere Zukunft, sondern ruiniert sie. Und deshalb haben wir als FDP auch darauf bestanden, dass die Einhaltung der Schuldenbremse Teil des Koalitionsvertrages wird.

Erst nach intensiven Verhandlungen konnte sich die Koalition auf die Kindergrundsicherung einigen. Warum hat das so lange gedauert?

Das Ergebnis zählt. Wir wollen allen Kindern gute Teilhabe- und Aufstiegschancen bieten. Deshalb war es uns wichtig, mit der Kindergrundsicherung keine neue Sozialleistung zu schaffen, sondern eine große Verwaltungsreform einzuleiten. Bisher rufen viele Eltern vorhandene Leistungen wegen bürokratischer Hürden oder aus Unwissenheit nicht ab. Das nimmt Kindern Chancen auf Teilhabe, etwa im Sportverein oder der Musikschule. Das ändern wir jetzt mit dem Kinderchancenportal. Darin sollen alle bisherigen Leistungen gebündelt werden, sodass Nachhilfe oder die Mitgliedschaft im Sportverein digital und leicht zugänglich werden. Außerdem investieren wir in die Bildungsqualität und die frühkindliche Betreuungsinfrastruktur, sodass immaterielle Armutsfaktoren direkt bekämpft werden.

Beim neuen Heizungsgesetz wurde in der Koalition lange um die richtigen Lösungen gerungen. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Das kann man so sagen: Wir haben den ursprünglichen Gesetzentwurf vom Kopf auf die Füße gestellt und dafür gesorgt, dass das neue Heizungsgesetz ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit wird! Das war uns immer am wichtigsten, denn: Dem Klima ist egal, welche Technologie verwendet wird – entscheidend ist, dass sie klimaneutral ist. Eine Gasheizung, die mit klimaneutralem Biogas betrieben wird, heizt klimaneutraler als eine Wärmepumpe mit Kohlestrom. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass es keine Eingriffe in Eigentumsrechte geben wird – auch das ist ein großer Erfolg.

Was bedeuten die Bestimmungen in der Praxis? Werden Menschen

gezwungen sein, ihre funktionierenden Heizungen auszubauen?

Ein ganz klares Nein. Niemand muss seine funktionierende Heizung herausreißen und sie kann auch jederzeit repariert werden – alles andere wäre absurd. Außerdem muss der Staat mit der Wärmeplanung in Vorleistung gehen und Klarheit über die konkret vor Ort bestehenden Optionen für die Zukunft schaffen. Erst wenn klar ist, welche Heizoptionen eine Kommune hat, greifen die Vorgaben. Mit unserem Gesetz muss die Heizung zum Haus passen, nicht umgekehrt.

Was sind Ihnen besondere Kernanliegen, die Sie auch in den kommenden zwei Jahren weiter beschäftigen werden?

Nach der parlamentarischen Sommerpause werden wir mit der Verabschiedung des Heizungsgesetzes und mit den Beratungen über den

Haushalt sowie Christian Lindners Wachstumschancengesetz kickstarten. Nur indem wir die Wirtschaft und die hart arbeitende Mitte unseres Landes entlasten, können wir für nachhaltiges Wachstum sorgen. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hat daher in der zweiten Hälfte der Legislatur hohe Priorität für uns. Zudem müssen wir uns als alternde Gesellschaft dringend darum kümmern, unsere Rente enkelfit zu machen. Für uns Freie Demokraten ist es deshalb ein wirkliches Herzensprojekt, in die teilweise Kapitaldeckung einzusteigen, um eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung der gesetzlichen Rente zu ermöglichen. Und das ist erst der Anfang der kommenden zwei Jahre! ■



**KOMMUNALE
WÄRMEPLANUNG**

Carina Konrad
Stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende

„Für uns als Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag war es zentral in den Verhandlungen, dass das Gebäudeenergiegesetz und die kommunale Wärmeplanung verzahnt werden. Das ist ein Meilenstein in Richtung nachhaltiger Wärmeversorgung.“

Es muss erst eine kommunale Wärmeplanung vorliegen, bevor weitere Schritte beim Umbau der Heizungssysteme definiert werden. Das bedeutet nicht nur, dass jeder seine Heizung im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung nach eingehender Beratung frei wählen kann, sondern auch, dass keine diskriminierenden Hürden für einzelne Heizungstypen aufgestellt werden.

Doch warum ist die kommunale Wärmeplanung dabei so zentral? Um für Hauseigentümer und Heizungs-

besitzer maximale Planungssicherheit zu gewährleisten, muss zuerst die kommunale Wärmeplanung erstellt werden. Erst auf dieser Grundlage können die Bürger eine informierte Entscheidung treffen. Das liegt daran, dass jede Kommune individuelle Gegebenheiten und Bedürfnisse hat. Eine pauschale Vorgehensweise – wie zunächst vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vorgesehen – wäre weder effektiv noch effizient. Indem Städte und Gemeinden maßgeschneiderte Wärmepläne erstellen, wird sichergestellt, dass Ressourcen optimal genutzt und Klimaziele erreicht werden.

Ein zentraler Aspekt dabei ist die Technologieoffenheit. Die Möglichkeit, aus verschiedenen Technologien – von Wärmepumpen über grüne Gase bis hin zu Biomasse – zu wählen, ermöglicht es, das Beste aus den lokalen Gegebenheiten herauszuholen. Dies fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Wirtschaftlichkeit und Praxistauglichkeit.

Ein weiterer Pluspunkt: Immobilienbesitzer werden nicht zur Verantwortung gezogen, ohne dass klare kommunale Pläne vorliegen. Das schützt ihre Eigentumsrechte und bietet Planungssicherheit. ■

DIE FINANZPOLITISCHE TRENDWENDE IST EINGELEITET

Es war wichtig, den öffentlichen Haushalt zu konsolidieren und das Finanzierbare vor das Wünschbare zu stellen. Deshalb ist unter anderem die Einhaltung der Schuldenbremse im Haushalt 2024 unsere Pflicht. Für mich war bei den Verhandlungen entscheidend: Der Staat dient den Bürgerinnen und Bürgern, nicht umgekehrt.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Die diesjährige Haushaltsaufstellung war in Anbetracht der Rahmenbedingungen so komplex wie seit Jahren nicht mehr: höhere Haushaltsbelastungen durch steigende Zinsen, die Auswirkungen der Corona-Pandemie und den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine.

Uns ist jetzt durch intensive Verhandlungen eine erste quantitative Konsolidierung des Haushalts gelungen: Wir halten die Schuldenbremse ein, wir verhindern Steuererhöhungen und wir lösen Nebenhaushalte auf. Der Haushalt wird damit klarer. Und er bewegt sich innerhalb der Leitplanken, die das Grundgesetz vorgibt und die wir als FDP für diese Regierungskoalition durchgesetzt haben.

SCHLUSS MIT VERTEILUNGSPOLITISCHEM WÜNSCH-DIR-WAS

Wir müssen neu lernen, dass der Staat mit dem Geld auskommt, das die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Das ist auch eine Frage des Vertrauens, das Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Finanzpolitik ihres Staates haben. Im Umkehrschluss heißt das: Jede strukturelle Mehrausgabe benötigt eine strukturelle Gegenfinanzierung. Weiterhin Ausgaben auf Pump zu beschließen ist auch in Hinblick auf die Generationengerechtigkeit unverantwortlich und kann als Brandbeschleuniger der Inflation wirken.

MEHR SICHERHEIT DURCH SOLIDE FINANZEN

Mit der quantitativen Konsolidierung des Haushalts ist allerdings nur der Beginn einer Trendwende in der Haushaltspolitik des Bundes eingeleitet. Für Zukunftsaufgaben müssen wir noch mehr Spielräume erarbeiten und auf Dauer auch wachsende Ausgaben im Bereich der Verteidigung finanzieren. Das ist dann die qualitative Konsolidierung, die noch folgen muss. Das Ziel ist die Schaffung eines Innovations- und Investitionsklimas, gerade auch im privaten Sektor. Dieses erreichen wir jedoch nicht über weitere Steuerbelastungen, wie es Grüne und SPD schier reflexartig fordern.

Statt Steuererhöhungen bremsen wir deshalb das Ausgabenwachstum, überprüfen Subventionen und stärken dafür das, was Deutschland zukunftsfähig macht: zum Beispiel Bildung, Innovation und Transformation sowie eine belastbare Infrastruktur. Die noch verbleibenden finanziellen Spielräume im Haushalt nutzen wir also für zentrale Zukunftsaufgaben. Für uns Freie Demokraten ist der Haushalt 2024 ein großer Erfolg, an dem sich zeigt: Die FDP im Bund wirkt. ■

GUTE ARGUMENTE

Fortschritt, Freiheitsliebe, faire Spielregeln und Verantwortung für die Zukunft sind unsere Werte, die unsere Argumentation in allen politischen Entscheidungsfeldern prägen. Was das in den politischen Debatten bedeutet, stellen wir für drei aktuelle Themen auf dieser Seite vor.



GEMEINSAMES EUROPÄISCHES ASYLSYSTEM – MEHR KONTROLLE UND MEHR STEUERUNG AN DER EU-AUSSENGRENZE

Offene Binnengrenzen und die damit verbundene Freizügigkeit von Waren und Personen innerhalb der Europäischen Union (EU) bieten einen großen Mehrwert für die Wirtschaft und die individuelle Freiheit. Aber: Freizügigkeit im Innern setzt gesicherte Außengrenzen voraus. Der Beschluss zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verbessert die Situation erheblich. So werden Asylprüfungen an den EU-Außengrenzen möglich, Verfahren beschleunigt und Schutzsuchende fairer verteilt. Die Reform erhöht die Kontrolle über die Außengrenzen und entlastet die Kommunen in Deutschland. Wichtig ist: das Grundrecht auf Asyl und die individuelle Prüfung bleiben bestehen.



Diese und weitere kompakte aktuelle Argumentationen finden Sie unter fdp.de/argumente



FAIRE STEUERN FÜR PAARE – EHEGATTENSPLITTING BEIBEHALTEN

Eine Abschaffung des Ehegattensplittings käme einer massiven Steuererhöhung für die Mitte der Gesellschaft gleich. Dadurch würden Familien und Paare mit rund 25 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich belastet werden. Besonders Familien mit Kindern sind durch die hohen Kosten für Energie und Lebensmittel schon stark belastet. Das Grundgesetz stellt die Ehe zurecht unter besonderen Schutz – auch steuerrechtlich. Zudem fordert der Staat bei Paaren in wirtschaftlicher Notlage die Unterstützungspflicht des Ehepartners ein und entlastet so die Sozialkassen erheblich. Die Fairness gebietet es, dass Ehepartner deshalb auch steuerlich als Gemeinschaft veranlagt werden.



UNTERNEHMEN ENTLASTEN, WACHSTUM SCHAFFEN, KLIMA SCHÜTZEN

Mit dem Wachstumschancengesetz wollen wir Innovation fördern, Wachstum schaffen und Klima schützen. Wir setzen dabei auf Anreize statt Verbote und wollen eine Prämie für Unternehmen gewähren, die in klimafreundliche Technologien investieren. Damit entlasten wir insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen und fördern die Bereitschaft, unternehmerische Risiken einzugehen. Darüber hinaus wollen wir die Forschungsförderung für Unternehmen verdreifachen. Mit diesen Maßnahmen stärken wir unseren Wirtschaftsstandort und fördern Innovation Made in Germany!



VIEL ZU TUN

Dr. Joachim Stamp spricht über seinen neuen Job und die Herausforderungen der Migrationspolitik der kommenden Jahre.



DR. JOACHIM STAMP
Sonderbevollmächtigter der
Bundesregierung für
Migrationsabkommen

Herr Dr. Stamp, Sie sind jetzt seit einem halben Jahr Sonderbevollmächtigter für Migrationsabkommen. Haben Sie sich schon in die neue Aufgabe eingelebt?

Es ist eine doppelte Herausforderung. Wir müssen eine neue Arbeitsstruktur aufbauen. Das ist in einer Ministerialbürokratie leider sehr aufwendig, beinhaltet viele Organisationsprozesse und kostet dadurch Zeit. Gleichzeitig haben wir auch inhaltlich sofort losgelegt.

Worum geht es genau?

Wir wollen und müssen irreguläre Migration reduzieren und mehr reguläre Migration ermöglichen. Migrationsabkommen sind dabei ein Element, das in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden ist. Wir haben dadurch jetzt dicke Bretter zu bohren und es muss ehrlich gesagt werden, dass es keine schnellen Lösungen geben kann. Aber wir müssen jetzt systematisch Partnerschaften mit verschiedenen Ländern aufbauen.

Geht es dabei nur um Rückführungen?

Das war ein Fehler in der Vergangenheit. Wir haben zig Rückführungsabkommen, die in der Praxis kaum oder gar nicht funktionieren. Uns geht es jetzt darum, mit den Herkunftsländern auszuloten, wie die gegenseitigen Interessen sind und wie wir sie zusammenbringen. Das hilft dann auch bei den Rückführungen. Das braucht aber einen langen Atem und Geduld. Allerdings gibt es zwei Länder, wo wir zügig Erfolg haben können, das sind Georgien und die Republik Moldau.

Sind die denn wirklich relevant?

Ja, denn über zehn Prozent der abgelehnten Asylanträge in Deutschland kommen allein aus diesen Ländern. Ich habe vor Ort mit beiden Regierungen gesprochen. Wir könnten sofort Abkommen treffen, die das weitgehend unterbindet.

Sie setzen sich dafür ein, Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer einzustufen. Was würde das ändern?

Bürgerinnen und Bürger aus Georgien und Moldau dürfen visafrei für 90 Tage nach Deutschland einreisen. Leider nutzen das manche für eine Asylantragstellung. Die Verfahren selbst sind zwar kurz und enden zu über 99 Prozent mit Ablehnung. Aber wenn gegen die Ablehnung geklagt wird, dauert das anschließende Gerichtsverfahren wegen der Überlastung unserer Justiz oft viele

Monate oder Jahre. Das wird gerne ausgenutzt. Bei einer Einstufung als sicheres Herkunftsland muss das Klageverfahren aus dem Heimatland bestritten werden und lohnt sich nicht. Wir haben es also selbst in der Hand, zumal Georgien und Moldau beim Rückkehrmanagement sehr gut kooperieren. Ich hoffe, dass Bundestag und Bundesrat schnell entscheiden, damit wir mit beiden Ländern vorankommen.

Welche weiteren Länder wollen Sie als sichere Herkunftsländer einstufen lassen?

Derzeit sollten wir uns bei der Einstufung auf Georgien und Moldau konzentrieren. Beschleunigte Verfahren bringen in der Praxis eigentlich nur dann etwas, wenn die Herkunftsländer auch bei den Rückführungen so kooperieren wie diese beiden Staaten.

Wie hilft Ihnen Ihre Erfahrung als Integrations- und Migrationsminister in Nordrhein-Westfalen bei Ihrem neuen Job?

Ich hatte ja in Nordrhein-Westfalen fünf Jahre Verantwortung für das Ausländerrecht, mit den höchsten Werten bei Abschiebungen, insbesondere von Straftätern und Gefährdern. Gleichzeitig habe ich das großzügigste Aufenthaltsrecht für gut integrierte Geduldete auf den Weg gebracht. Und auch jetzt geht es wieder darum, hart und konsequent gegenüber denjenigen zu sein, die das System ausnutzen,

aber gleichzeitig diejenigen in unseren Arbeitsmarkt einzuladen, die etwas aus sich machen wollen und unsere Gesellschaft bereichern.

Jüngst wurde seitens der EU ein Abkommen mit Tunesien geschlossen. Wie bewerten Sie das?

Die Vereinbarung ist noch sehr allgemein. Es wird wesentlich davon abhängen, wie es weiter ausgestaltet wird. Tunesien ist im Bereich Migration Herkunfts-, Transit- und Zielland. Bei aller berechtigten Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Tunesien werden wir die Situation nur mit den Transitländern verbessern – nicht gegen sie. Ich halte es für notwendig nach einer Kooperation zu suchen, wie Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchgeführt werden können – selbstverständlich nach den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn der Automatismus, dass wer die EU erreicht, auch in der EU bleibt, durchbrochen wird, könnte das tödliche Roulette auf dem Meer und in der Wüste beendet werden. Dazu müssten die Vereinten Nationen, vertreten durch UNHCR, die Verfahren beispielsweise in einem afrikanischen Land durchführen. Allerdings haben wir derzeit noch keinen geeigneten Drittstaat. Aber diese Idee muss intensiv weiterverfolgt werden.

Welches Interesse könnte ein Drittstaat haben?

Engere Bindung an die EU, finanzielle Unterstützung, Visa-Erleichterungen für die eigene Bevölkerung, aber auch Verantwortung für Menschen vom eigenen Kontinent.

Was sind für Abkommen geplant?

Das ist von Land zu Land verschieden. Mit Usbekistan und Kirgisistan

Dr. Joachim Stamp:

1987 trat er mit 17 Jahren in die FDP ein. Er studierte in seiner Heimatstadt Bonn, arbeitete im Büro von Guido Westerwelle und an der Theodor-Heuss-Akademie. Er war Ratsherr, MdL und hatte Parteiämter in Bund und Land inne. Von 2017 – 2022 war er Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sowie stellvertretender Ministerpräsident des Landes NRW.

sprechen wir vor allem über Fachkräftenwerbung nach Deutschland, manche anderen Länder können hingegen keine Arbeitskräfte abgeben, weil sie sonst selbst Engpässe haben werden.

Wieso scheitern viele Abschiebungen?

Zunächst mal ist es jetzt gelungen, die Rückführungen im letzten halben Jahr um 27 Prozent zu steigern. Wer hätte das von einer Ampel-Regierung erwartet? Dennoch gibt es weiter Optimierungsbedarf. Hier wird von Bund und Ländern beispielsweise daran gearbeitet, das Untertauchen vor einer Abschiebung besser zu vermeiden, etwa durch eine Ausweitung des Ausreisegewahrsams. Unsere Migrationspartnerschaften können die Bereitschaft mancher Herkunftsländer steigern, ihre Bürger zurückzunehmen.

Auch hier stellt sich wieder die Frage, warum sie das tun sollten?

Gerade ärmere Länder haben natürlich ein Interesse, dass möglichst viele ihrer Bürger im Ausland Geld verdienen und davon einen Teil in die Heimat transferieren. Wenn es uns aber gelingt, dass diese Migranten nicht ihr Glück auf unheilvollen

Migrationsrouten und bei uns im Asyl suchen, sondern über reguläre Wege in den deutschen Arbeitsmarkt kommen, profitieren alle Seiten. Denn der regulär Beschäftigte verdient auch mehr und kann mehr Unterstützung im Heimatland leisten.

Klingt überzeugend...

... ist aber in der Praxis deutlich komplizierter. Denn nicht jeder, der sich auf den Weg nach Europa macht, bringt auch notwendige Qualifikationen mit. Daher schauen manche zu naiv auf das Thema. Es braucht auch Nachqualifizierung, Steuerung, Integration. Es ist sehr viel zu tun, auch weil jahrzehntelang notwendige Strukturanpassungen verschlafen wurden. Hier müssen insbesondere die Kommunen die lokale Infrastruktur und auch die Ausländerbehörden stärken. Die Schwierigkeiten in der Migrationspolitik überwinden wir nur, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam daran arbeiten. Weniger Getöse und Schuldzuweisungen, mehr Verantwortung und Handeln. Das wirkt übrigens auch gegen Populisten. ■

DIE ZUKUNFT ZURÜCK NACH BAYERN HOLEN

Der Landesverband Bayern befindet sich im Wahlkampf-Endspurt, am 8. Oktober wird im Freistaat gewählt. Martin Hagen und sein Team stehen hier für eine liberale „Politik nach dem Bayerischen Freiheitsgebot“ und wollen den Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag sichern.



Martin Hagen
Spitzenkandidat und
Landesvorsitzender der
FDP Bayern

Früher war alles besser? Von wegen. Wir Liberale sind überzeugt: Das Beste liegt vor uns – wenn wir heute die richtigen Weichen stellen. Deshalb heißen wir die Zukunft in Bayern willkommen, mit einem herzlichen „Servus“ und vielen Ideen, um den Freistaat zu modernisieren und den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken!

Seit 2018 wird Bayern von einer Koalition aus CSU und Freien Wählern regiert. Viel hatte Ministerpräsident Markus Söder versprochen – die Bilanz fällt dagegen mager aus: Ob Fachkräftemangel oder Wohnungsmangel, Unterrichtsausfall oder Energiekrise: In der hinter uns liegenden Legislaturperiode wurden die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft.

Zur Landtagswahl am 8. Oktober tritt die FDP deshalb mit dem Ziel an, frischen Wind in die Staatsregierung zu bringen. Wir wollen nicht nur (zum ersten Mal seit 1978) den Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag schaffen, sondern auch Regierungsverantwortung übernehmen.



→ Martin Hagen fuhr zur Kampagnenpräsentation – in Anlehnung an die Science-Fiction-Filmreihe „Zurück in die Zukunft“ – mit einem DeLorean DMC-12 vor.

Starke Wirtschaft, weltbeste Bildung, ein schlanker und effizienter Staat – das sind unsere liberalen Schwerpunktthemen. Wir machen (wie es auf einem Bierdeckel aus unserem Werbemittel-Sortiment so schön heißt) „Politik nach dem Bayerischen Freiheitsgebot“: Mit uns gibt es keine grüne Bevormundung und keine rechte Intoleranz. Und anders als die CSU haben wir während der Corona-Pandemie bewiesen, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger bei uns auch in Krisen-

zeiten in guten Händen sind.

Viele gute Gründe also, am 8. Oktober FDP zu wählen. Wir freuen uns auf den Wahlkampf-Endspurt! ■

Mehr unter:
fdp-bayern.de
facebook.com/FDPBayern
twitter.com/fdpbay
instagram.com/fdpbayern
youtube.com/fdpbayern

DEN HESSISCHEN LÖWEN VON SCHWARZ-GRÜNEN FESSELN BEFREIEN

Die Mitte macht das Land: Davon ist die FDP Hessen überzeugt. Sie kämpft dafür, dass im Landtag in Wiesbaden keine Regierungsbildung aus der Mitte ohne die FDP möglich ist. Bis zur Wahl am 8. Oktober wollen die Freien Demokraten mit dem Herz eines Löwen kämpfen und zeigen, dass sie die besten Konzepte für ein modernes Hessen haben.



Dr. Stefan Naas
Spitzenkandidat
der FDP Hessen

Hessen ist ein Land voller Chancen. Hier wurden das Raketenauto und die Parkscheibe erfunden. Die schwarz-grüne Landesregierung greift zur Parkscheibe. Sie reguliert, gängelt, und das Land steht still. Wir Freie Demokraten setzen auf das Raketenauto. Wir stehen für Dynamik, Innovation und Fortschritt. An Hessen führt kein Weg vorbei: Was auf Schildern an Autobahnen steht, ist für viele zur Drohung geworden. Wer durch Hessen fährt, steht oft im Stau. Der grüne Verkehrsminister tut nichts für die Infrastruktur. Er baut nicht einmal Radwege und Schienen aus, und er bekämpft den Ausbau des Autobahnnetzes.



→ Dr. Stefan Naas ist angetreten, um die Hessen von den Freien Demokraten zu begeistern und Schwarz-Grün zu beenden.

Der Stau hat sich auch in der hessischen Politik gebildet. Nach zehn Jahren Schwarz-Grün wollen wir Hessen wieder auf die Erfolgsspur bringen.

Diese Landesregierung bremst Unternehmergeist selbst dann aus, wenn er dem Klima nützt. Der ersten hessischen Tankstelle, die synthetischen Kraftstoff verkaufen wollte, verbot das grüne Regierungspräsidium das noch am selben Tag. Auch die Digitalisierung kommt nur im Schnecken tempo voran: 1971 wurde die erste E-Mail versendet, erst 50 Jahre später bekamen hessische Lehrkräfte Dienst-E-Mails.

Aus dem hessischen Löwen, einem Symbol für Stärke und Mut, ist ein zahmes Kätzchen geworden. Es wird Zeit, dass der Löwe entfesselt wird. Hessen braucht einen klaren Fokus auf eine leistungsfähige Infrastruktur, wirtschaftlichen Wohlstand und beste Bildung. Dafür kämpfen wir. Wir sind Feuer und Flamme für Hessen. ■

Mehr unter:
fdp-hessen.de/
facebook.com/FDPHessen/
twitter.com/fdphessen
instagram.com/fdp_hessen
youtube.com/FDPLVHessen



EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere fünf FDP-Abgeordneten setzen sich im EU-Parlament mit der Fraktion „Renew Europe“ dafür ein, dass Europa geeint, fortschrittlich und innovativ bleibt. Was treibt sie aktuell um? Darüber berichten sie hier in aller Kürze.



EUROPÄISCHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Nicola Beer

Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments & Industrie-, Forschungs- und Mittelstandspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

„Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Zugpferd unserer Wirtschaft. Für Europas Wettbewerbsfähigkeit gilt es, sie zu beflügeln, nicht zu belasten.“

Wir müssen den Mittelstands-Turbo starten: mit mehr Freiraum für Innovation und Investitionen unseres Mittelstands. Das braucht Zugang zu Kapitalmarkt und Krediten, Fachkräftesicherung und schnelle Genehmigungen. Gleichzeitig müssen Bürokratie und Überregulierung – ob in Form von überbordender Taxonomie, Berichtspflichten oder Verboten – radikal reduziert werden. So schaffen wir eine wettbewerbsfähige EU, die auf Unternehmertum und soziale Marktwirtschaft setzt.



EURO-7 IST TEUER

Andreas Glück

Umwelt- und Klimapolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Eine übertriebene Euro-7-Regulierung ist nicht nur teuer, sondern auch schlecht für die Luftqualität. Wenn Euro-7-Autos zu teuer werden, geht das zu Lasten der Flottenerneuerung. Nicht Euro-6-Autos sind das Problem, sondern die vielen älteren Fahrzeuge auf unseren Straßen.“

Die ersten Verhandlungen im Umweltausschuss verliefen positiv und gehen wichtige Punkte wie Übergangsfristen und Testbedingungen an. Sollte Euro-7 kommen, stellt sie eine gute Gelegenheit dar, um mit der Einführung von CO2-neutralen Kraftstoffen für Technologieoffenheit zu sorgen.



LIBERALER ERFOLG BEIM KI-GESETZ

Svenja Hahn

Unterhändlerin beim Europäischen KI-Gesetz

„Wir wollen die EU zum Hotspot bei Forschung und Innovation zu KI machen.“

Der AI Act muss Innovation und Bürgerrechte stärken. Dafür braucht es Reallabore, in denen KI-Entwickler ihre Systeme kontrolliert testen können, vor allem für Startups und KMU. Zugleich trotzt die Parlamentsposition konservativen Überwachungswünschen und linken Überregulierungsfantasien mit einem Verbot biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum. Im Trilog müssen wir diese Erfolge verteidigen und bürokratische Belastungen verringern.



SOLIDE FINANZEN FÜR EUROPA

Moritz Körner

Haushaltspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Es ist genug Geld da.“

Die EU-Kommission fordert von den Mitgliedstaaten zusätzliche 66 Milliarden Euro für die Haushaltsplanung bis 2027. Das ist falsch. Es ist genug Geld da. Statt den EU-Haushalt aufzublähen, sollten nichtgenutzte Subventionsmittel im Haushalt umgeschichtet werden, um neue Prioritäten zu finanzieren. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen lernen, mit dem Geld umzugehen, das ihnen von den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen zur Verfügung gestellt wird.



SCHENGEN BEWAHREN

Jan-Christoph Oetjen

Verkehrs- und Migrationspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Europas Potential ist grenzenlos.“

Der Schengener Grenzkodex bildet die Grundlage unseres vereinten Europas. Die Novellierung desselben befindet sich in der Schlussphase. Doch ein Streitpunkt bleibt: Die Mitgliedstaaten wollen mehr Möglichkeiten für innereuropäische Grenzkontrollen. Das widerspricht allem, wofür der Schengen-Raum steht. Grenzkontrollen im Schengen-Raum müssen eine zeitlich begrenzte Ausnahme für Notfälle sein, welche von der Europäischen Kommission streng überprüft werden. Nur dann können wir das grenzenlose Potential Europas wirklich ausschöpfen.

EUROPA. EINFACH. MACHEN. – IHRE IDEEN FÜR DAS EUROPAAHLPROGRAMM 2024

Im Juni 2024 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Sie sind gerade in der aktuellen Weltlage von wegweisender Bedeutung. Wir Freie Demokraten arbeiten bereits intensiv an den Vorbereitungen. Im Frühjahr hat der Bundesvorstand die Programmkommission eingesetzt und mit Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann eine starke Spitzenkandidatin nominiert.

Mit dem Europawahlprogramm wollen wir unterstreichen, dass wir Freie Demokraten die richtigen Antworten auf die drängenden europäischen Fragen haben, etwa in der Sicherheitspolitik, dem Erhalt

der Wettbewerbsfähigkeit, der Digitalisierung und dem Klimaschutz. Wir treten für ein handlungsfähiges Europa ein, das auf den Grundwerten der Freiheit, der Demokratie und des Rechts basiert und die Bürgerinnen und Bürger nicht bevormundet.

Dabei setzen wir wieder auf die Ideen und den Erfahrungsschatz unserer Parteimitglieder. Den Startschuss setzte der Programmkonvent am 18. Juni 2023: 300 Mitglieder diskutierten mit der Programmkommission Kernforderungen für das Wahlprogramm. Hierauf aufbauend formuliert die Programmkommission in Zusam-

menarbeit mit den Bundesfachausschüssen Textentwürfe für das Wahlprogramm.

Den Arbeitsstand können die Mitglieder ab Oktober im Rahmen der öffentlichen Beteiligung diskutieren, bevor der Programmentwurf Mitte Dezember im Bundesvorstand verabschiedet wird. Final beschlossen wird das Wahlprogramm vom Europaparteitag am 28. Januar 2024.

Machen Sie mit und bringen Sie Ihre Ideen für das Europawahlprogramm 2024 ein. Lassen Sie uns **Europa. Einfach. Machen.**

fdp.de/europa-einfach-machen

MEHR VERTRAUEN FÜR MEHR FREIHEIT

Keine Regierungspartei ohne Wahlsiege. Keine Wahlsiege ohne Leistung, die sich auch im Ehrenamt lohnt. Die FDP investiert in gute innere Zusammenarbeit, indem sie ihr Vertrauenswesen aufbaut.



Dr. Christopher Gohl
Ombudsmitglied der FDP

Über 76.000 starke und vielfältige Persönlichkeiten engagieren sich in der FDP für die Freiheit im Land. Das kann schon nach liberalem Selbstverständnis gar nicht ohne Konflikte ablaufen: Sachlicher Streit und faire Konkurrenz sind Treiber des Fortschritts. Andererseits sind manche Konflikte so überflüssig und frustrierend, dass wir leistungswillige Mitglieder verlieren. Die Frage aber, ob Konflikte uns beschleunigen oder ausbremsen, ist nicht nur eine Frage der Führung, sondern auch der demokra-

tischen Kultur und Organisation in der FDP.

Diese Einsicht hat die FDP 2019 zur ersten Partei in Deutschland gemacht, die ein möglichst flächendeckendes System von ehrenamtlichen Ombuds- und Vertrauenspersonen etabliert. Anfang Juli trafen sich zum ersten Mal seit der Pandemie zwanzig Vertreterinnen und Vertreter von elf Landesverbänden, des Bundes, der JuLis und der Bundesgeschäftsstelle zu einem zweitägigen Workshop in Potsdam. Sie suchten den kollegialen Erfah-



→ Ombudsmitglied Dr. Christopher Gohl und sein Team der Vertrauenspersonen aus Bund und Ländern beim Bundesparteitag.

rungsaustausch zu Aufgaben, Grenzen und den rechtlichen Bedingungen der Vertrauensarbeit.

Deutlich wurde, dass die Etablierung des Vertrauenswesens in der FDP ein großer Pionier- und Lernprozess ist – nicht nur für die FDP, sondern auch für eine leistungs- und konfliktfähige liberale Parteiendemokratie. Für uns Ombuds- und Vertrauensleute steht viel Arbeit an, um flächendeckend sichtbar und leistungsfähig zu sein.

Für Sie als Mitglied der FDP sind bei Fragen und Pro-

blemen die Vertrauenspersonen Ihrer jeweiligen Gliederung erster Ansprechpartner. Jede Ebene ist angehalten, zwei Vertrauenspersonen (je einen Mann und eine Frau) zu benennen, an die Sie sich mit Ihrem Anliegen wenden können. Sollten die Vertrauensperson in Ihrer Gliederung noch nicht ernannt worden sein, können Sie sich bei Fragen und Problemen auch an die Vertrauensleute auf Landes- oder auch Bundesebene wenden. Die Liste der Namen finden Sie über den Link im Kästchen unten.

Bei großen Veranstaltungen wie zum Beispiel den Bundesparteitagen versuchen wir, zusätzliche Ansprechpartner zu schaffen, damit Ihnen immer eine Vertrauensperson zur Verfügung steht. Auf Bundesebene sind Susanne Schneider und Alexander Müller für alle Mitglieder als vertrauenswürdige Ansprechpartner zuständig. ■

Mehr zum Ombudswesen
der FDP:
fdp.de/codeofconduct



Anzeige

Anzeige

KLIMA-FREUNDLICHER

Getränkekartons für Fruchtsäfte und Milch verursachen deutlich weniger CO₂-Emissionen als Mehrweg-Glasflaschen und Einweg-Plastikflaschen. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Ökobilanz des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu), das vom Umweltbundesamt offiziell bestätigt wurde.

Erfahren Sie mehr auf getraenkekarton.de

@getraenkekarton



Eine Initiative des Fachverbandes Kartonverpackungen
für flüssige Nahrungsmittel e.V.



Verband der Privaten
Krankenversicherung

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag

WERTEORIENTIERT UND PRAGMATISCH WIE SICH DIE EU IM SYSTEMWETTSTREIT BEHAUPTEN KANN



Johanna Hans
Referatsleiterin Europa der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Die EU ist ein weltweit einzigartiger Raum des Friedens, des Wohlstands und des gemeinsamen Rechts. Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt hat ihre Integrationsgeschichte Modellcharakter und dient vielen Regionen der Welt als Vorbild. Gleichzeitig erleben wir jedoch, dass der globale Einfluss der EU schwindet, während andere Akteure ihren politischen und wirtschaftlichen Fußabdruck in der Welt vergrößern. Ein neuer Wettlauf um Einfluss über die eigenen Landesgrenzen hinweg hat globale Machtverschiebungen längst in Gang gesetzt. Die EU muss ihren Ansatz in der Außenpolitik ändern, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten will.

Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist der Wettstreit der Großmächte um Einfluss in der Welt zurück. Die Bindungskraft der westlichen Allianz scheint jedoch geringer als von hiesigen Politikern erhofft. Die fünf bislang vorgelegten Anträge in der UN-Generalversammlung zum russischen Angriffskrieg machen diese Entwicklung besonders deutlich: Zeitweise hat sich rund ein Viertel der UN-Mitgliedstaaten bei den entsprechenden Abstimmungen entweder der Stimme enthalten, war abwesend oder hat es abgelehnt, mit der Ukraine zu stimmen. Insbesondere Afrika ist in dieser Gruppe überrepräsentiert.

Als Gründe für das Abstimmungsverhalten der afrikanischen Staaten werden historische Beziehungen zu Russland, die Abhängigkeit von Importen sowie ein Mangel an Informationen, insbesondere durch westliche Medien, herangeführt. Ähnliche Muster lassen sich auch in anderen Weltregionen erkennen. Angefangen von Lateinamerika, wo Chinas wirtschaftliches Engagement stetig wächst und das der EU und der USA zum Teil überholt, bis hin zur eigenen Haustür, wo von Russland gesteuerte Medien die Meinungsbildung der Menschen im Balkan erfolgreich manipulieren.

DIE EU IM WELTWEITEN SYSTEMWETTBEWERB

In der neuen Weltpolitik, die geprägt ist von strategischer Rivalität zwischen autoritären Staaten und liberalen Demokratien, sind dies verheerende Signale. Wenn sich das freiheitlich-demokratische Gesellschaftsmodell der EU gegenüber autoritären Regimen durchsetzen soll, muss das europäische Projekt wieder an Strahl- und Gestaltungskraft gewinnen – sowohl innerhalb seiner Grenzen als auch nach außen.

Dazu muss die EU nach innen stärker an einem Strang ziehen und überzeugend vorleben, dass freie und demokratische Gesellschaften am besten geeignet sind, große Herausforderungen zu meistern. Bei allen Herausforderung, vor die der russische Angriffskrieg die EU stellt, so hat er auch gezeigt, dass die EU im Fall der Fälle durchaus in der Lage ist, pragmatisch und geeint zu reagieren – seien es die milliardenschweren Sanktionspakete oder die rasend schnelle Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland.

AFRIKA ALS CHANCENKONTINENT ERKENNEN – LATEINAMERIKABEZIEHUNGEN STÄRKEN

Die EU kann, wenn sie muss. Die Kür besteht nun darin, diese Stärke nicht nur unter Druck auszuspielen, sondern zum Modus Operandi auf möglichst vielen Politikfeldern zu machen. Auch in ihren Außenbeziehungen sollte sich die EU mehr von einem „werteorientierten Pragmatismus“ leiten lassen, wenn sie sich im globalen Systemwettstreit behaupten will.

In Bezug auf Afrika heißt das, dass Europa seinen Blick auf den Kontinent verändern muss: vom Hilfsempfänger zum Chancenkontinent. Mit jenem gilt es, eine

strategische Partnerschaft einzugehen, bei der der Aspekt der „Augenhöhe“ nicht bloß eine Floskel bleibt. Zwar wird Europas werteorientierte Politik von afrikanischen Entscheidungsträgern anerkannt, aber oft als paternalistisch wahrgenommen. Hinzu kommen langsamere Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse, die afrikanische Staaten die Zusammenarbeit mit Akteuren wie China vorziehen lässt.

Ferner muss der Beziehung zu Lateinamerika ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Die EU sollte die Ratspräsidentschaft Spaniens, das historisch bedingt enge Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten pflegt, dazu nutzen, das Mercosur-Abkommen endlich abzuschließen, auch wenn dies bedeutet, Abstriche bei einigen ambitionierten Zielen machen zu müssen. Überzogene Nachverhandlungen nutzen letztlich nur China.

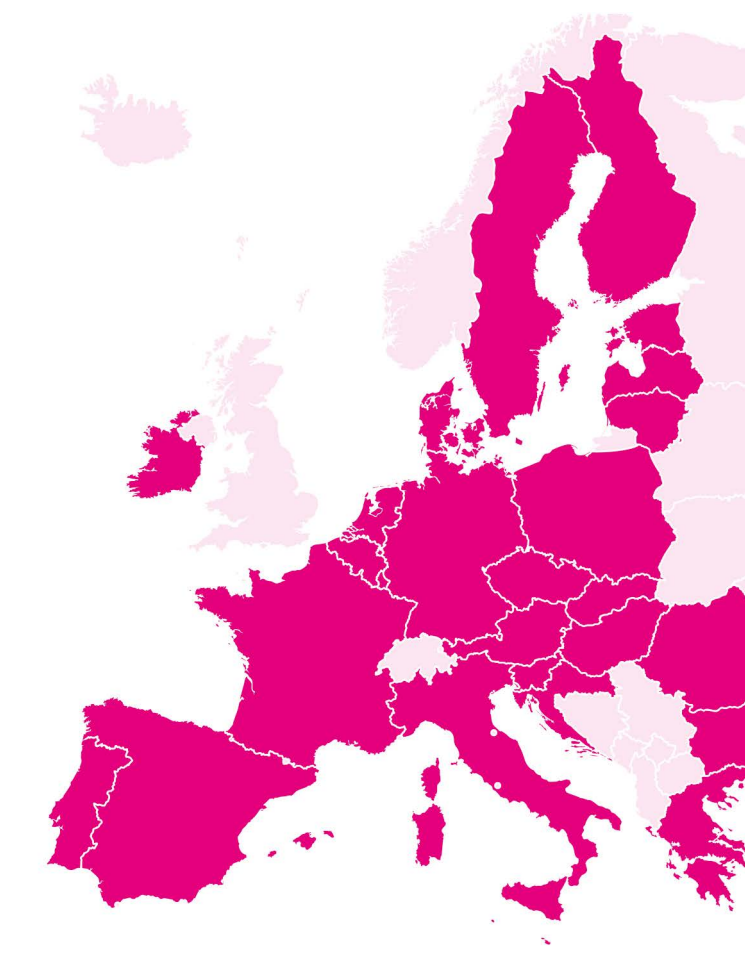
WERTEORIENTIERTER PRAGMATISMUS ALS ENTWICKLUNGSLEITLINIE

Auch im Hinblick auf die eigene Nachbarschaft darf sich die EU nicht im „Klein-Klein“ verzetteln. Jahrzehntelange EU-Beitrittsverhandlungen bergen die Gefahr, dass sich die Kandidatenländer von der Idee Europas ab- und illiberalen Akteuren zuwenden. Um den Beitrittsprozess zu beschleunigen, ohne die Kopenhagener Kriterien zu kompromittieren, müssen die Kandidatenländer stärker als bisher bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer rechtsstaatlichen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen unterstützt werden. Gleichzeitig muss ein stärkeres Augenmerk auf die Zivilgesellschaft gelegt werden, wenn man diese Menschen nicht vollends an Akteure verlieren will, deren Werte denen der EU diametral entgegenstehen.

Neben der Neujustierung von Partnerschaften und einem verstärkten Engagement in anderen Teilen der Welt, gilt es, bestehende Allianzen zu vertiefen und auch hier, wo nötig, einen werteorientierten Pragmatismus walten zu lassen.

TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT IN POLITIK WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND ZIVILGESELLSCHAFT VERTIEFEN

Die USA sind und bleiben unser sicherheitspolitischer Schutzschirm und wichtigster Handelspartner. Deshalb müssen die transatlantischen Beziehungen nachhaltig gestärkt werden, und zwar ungeachtet dessen, wer 2024



ins Weiße Haus einzieht. Gerade weil der Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahlen ungewiss ist, muss die EU die transatlantische Partnerschaft vertiefen und neben der politischen Ebene ihre Kontakte zu Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ausbauen. Wie in jeder zwischenmenschlichen Beziehung liegt das Erfolgsrezept einer glücklichen Partnerschaft in einer fairen Lastenverteilung und gewissen Ebenbürtigkeit. Deshalb muss die EU gerade in Sicherheitsfragen mehr Verantwortung übernehmen und zu einer tragenden Säule der NATO werden. Ein „Immer einmal mehr als du“ hingegen ist weder in einer menschlichen Beziehung, noch als Antwort auf den „Inflation Reduction Act“ ein erfolgsversprechender Weg.

Im geopolitischen Wettbewerb, in dem sämtliche Großmächte um Einfluss in der Welt ringen, darf die EU nicht ins Hintertreffen geraten. Um die kollektive Stimme für demokratische Werte auf der Weltbühne zu stärken, muss die EU ihren außenpolitischen Ansatz überdenken. Dazu gehört, engere Beziehungen auch mit Staaten mit zum Teil divergierenden Ideologien und politischen Systemen zu knüpfen und Nickeligkeiten mit anderen gleichgesinnten demokratischen Staaten auszuklammern. ■

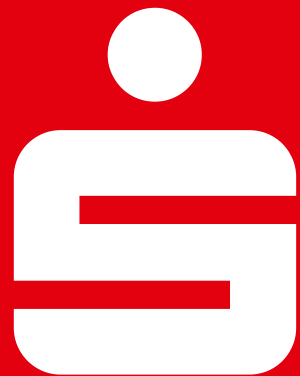


Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.



LITERATUREMPFEHLUNGEN

GELESEN

Was auf dem Lesestapel von Freien Demokraten landet, das erfahren Sie hier.



DER WILLE ZUM STRAFEN DIDIER FASSIN

Maxima Trabert – LV Hessen, Junge Liberale

„In fast allen liberalen Demokratien sind trotz rückgehender Kriminalitätsraten die Gefangenenzahlen gestiegen. Anhand einer Vielzahl von Fallbeispielen vergleicht Fassin die reale Praxis des Strafens und liberale Idealvorstellungen. Eine spannende Analyse.“



DIE MOSKAU CONNECTION REINHARD BINGENER UND MARKUS WEHNER

Wolfgang Ploss – LV Hamburg

„Die Autoren beleuchten, wie Deutschland abhängig von russischer Energie wurde und dadurch erpressbar für Wladimir Putin. Es liest sich fesselnd wie ein Thriller und zeigt eindrücklich, dass man seine Seele verkauft, wenn man sich mit dem Teufel einlässt.“



JAMES BOND (GESAMTBOX, 14 BÜCHER) IAN FLEMING

Sebastian Körber, MdL – Sprecher der FDP-Fraktion Bayern für Wohnen, Bau und Verkehr

„Als großer 007-Fan kann ich nur empfehlen, einmal die Originalromane zu lesen: Reisen in ferne Länder und Kulturen, Geheimagentenfeeling und eine Zeitreise in 50er und 60er Jahre. Nicht alles ist immer politisch korrekt geschrieben, daher Seltenheitswert heutzutage.“

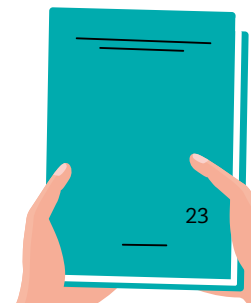
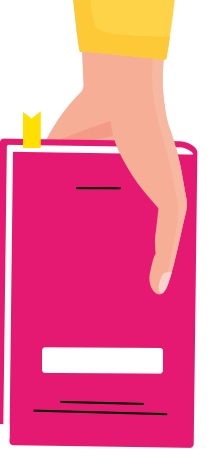


DAS MANGELNDE LICHT NINO HARATISCHWILI

Anikó Glogowski-Merten, MdB – Kulturpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion

„Im Georgien Anfang der 1990er erleben wir vier Freundschaften, die eng mit dem Land verwoben sind: vier Frauen, ein Land im Taumel seiner Zeit. Über 800 Seiten pure Zeitgeschichte, in der das nun unabhängige Georgien langsam erwacht.“

Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen oder verschenkt? Über welches haben Sie noch Tage später nachgedacht, oder an welches erinnern Sie sich immer wieder? Haben auch Sie eine Literaturempfehlung für eine der nächsten Ausgaben? Dann schreiben Sie uns an: cvd@fdplus.de



WIR GESTALTEN DAS LAND VON MORGEN.

Ausbau erneuerbarer Energien entfesselt • Ausbau Lade- und Wasserstoffinfrastruktur beschleunigt • Ausgleich der kalten Progression • BAföG-Reformen • Blutspendeverbot für homosexuelle Männer aufgehoben • Bundestag verkleinert • Bürgergeld mit faireren Zuverdienstregeln • Bürokratieentlastung • Cannabis-Legalisierung begonnen • Coronamaßnahmen beendet • Deutschlandticket • Digital- und Gigabitstrategie • EEG-Umlage abgeschafft • Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild • Gas- und Strompreisbremsen • Heizungsgesetz vom Kopf auf die Füße gestellt • Homeoffice-Pauschale entfristet • Kindergeld erhöht • Kindersofortzuschlag • LNG-Terminals • Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Start-ups endlich verbessert • Nachholfaktor in der Rente für Generationengerechtigkeit • Nationale Sicherheitsstrategie • Ordnung der Migration begonnen, Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen eingesetzt • Planungsbeschleunigung für Schienen, Straßen, Stromtrassen • Renaissance von Freihandelsabkommen • Schuldenbremse wieder eingehalten • Sektorübergreifender Klimaschutz • Sondervermögen Bundeswehr • Steuerlast gesenkt • Unbegrenzte Zuverdienste Rente • Wachstumschancengesetz angestoßen • Waffenlieferungen an die Ukraine • Weg frei für E-Fuels • Wohngeld-Novelle • 520 € Minijobs • § 219a StGB abgeschafft